

Aktiventreff [Mehr Demokratie \(MD\) Berlin-Brandenburg](#) – Mi 15.4.15, 19 Uhr, MD-Büro, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Schwerpunktthema: **Zusammenwirken von direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung** (DD und BB)

Beteiligung/Partizipation¹ – Was fehlt noch zur echten, vollen Beteiligung?

– Mehr Beteiligung in Berlin-Brandenburg ("MD in BB":-)

Text [Vladimir Rott](#)

[Martin Burwitz](#) und [Jan Drewitz](#) haben zum berlin-brandenburgischen Aktiventreff (15.4.15) eingeladen, mit Schwerpunktthema *Zusammenwirken von direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung* und stellten auch den Beitrag *Sachorientierte Bürger- und Volksentscheide: Ein Vorschlag zur Kopplung...*² zur Diskussion.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 – Kritisch-konstruktive Bemerkungen zum zur Diskussion gestellten Beitrag	1
2 – Direkte Demokratie mit konsultativen Beteiligungsverfahren "koppeln"... aber wie?	1
3 – Entwicklung der einzelnen Ansätze, Aspekte, Teile zum Ganzen – weitere Beiträge	2
4 – Wie die einzelnen Ansätze kombinieren, vernetzen, integrieren... also weiter entwickeln?	2
5 – Mehr Beteiligung und mehr Beteiligung in Berlin-Brandenburg ("MB in BB":-)	3
PS und persönliche Notiz	3
Anhang 1 – zur Kritik der heutigen Beteiligungsverfahren – Zitat	A.1
Anhang 2 – Hans-Liudger Dienel, Henning Banthien zu Tempelhofer Freiheit (und zu ihren Verfahren) – kritisch-konstruktiv kommentiert von Vladimir Rott	A.1
Anhang 3 – <i>Ergänzen sich Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sinnvoll?</i> , Claudine Nierth	A.2
Anhang 4 – Beiträge zu DD, BB und zusammenhängenden Themen	A.3
Anhang 5 – <i>(Direkte) Demokratie braucht Transparenz</i> , Daniel Lentfer	A.4
Anhang 6 – Heiner Geisslers S21-"Schichtung" als Partizipationsprozess (als Beispiel)	A.5

1 – Kritisch-konstruktive Bemerkungen zum zur Diskussion gestellten Beitrag (s.a. Anhang 2)

- *Sachorientierte Bürger- und Volksentscheide: Ein Vorschlag zur Kopplung von partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie*, 31.3.15, von Claudine Nierth (Mehr Demokratie), Hans-Liudger Dienel und Henning Banthien (u.a. Nexus und IFOK)²

und ergänzend, insbesondere in Bezug auf Tempelhof, auch...

- ...weitere Beiträge der beiden Autoren, wie auch an der BB-Tagung 2014 in Loccum vorgetragen.³

Wie schon in ihren Gesprächen mit dem MD-Bundesvorstand, in der Zeit vor der Tempelhofer Abstimmung in Berlin (mehr zu ihrer Sicht, kritisch kommentiert, im Anhang 2), "drängen" die beiden Autoren darauf, (ihre) "deliberativen", "partizipativen" Ansätze mit den direktdemokratischen zu "kombinieren", "koppeln".

Meine Auseinandersetzung mit den Thesen von Hans-Liudger Dienel, Henning Banthien führte zur Schlussfolgerung, dass die beiden Autoren etwas Unmögliches vorschlagen – mehr dazu in folgenden, kritisch-konstruktiven, Notizen (Pkt. 2 und Anhang 2). Zum "wie weiter" unter 3, 4. Zu "Mehr Beteiligung" und Vorschlag, **was wir – vor allem auch mit den Menschen um uns herum – tun können** im Pkt. 5.

2 – Direkte Demokratie mit konsultativen Beteiligungsverfahren "koppeln"... aber wie?

"**Direkte Demokratie**" kann man mit "**konsultativen Beteiligungsverfahren**"⁴ – so wie sie heute in Deutschland im allgemeinen verstanden und angewandt werden – **nicht** wirklich "**koppeln**", denn:

- Direkte [Demokratie](#) ist eine (relativ/ziemlich) fortgeschrittene, bundesweit abgestützte [Bewegung \(MD:-\)](#) mit konkreten, realisierten Schritten, die den Menschen nach und nach mehr [politische Rechte](#) bringen.

¹ Warum das [bedeutungsgleiche Doppel](#)? Weil ich überraschend oft hörte, diese Worte hätten unterschiedliche

Bedeutungen ("Beteiligung ist Betrug an den Menschen, ich widme mich jetzt der Partizipation.")

² Links: mehr-demokratie.de/sachorientierte... / netzwerk-buergerbeteiligung.de...sachorientierte...

³ wie die MD-Tagungsteilnehmer am Treffen des AK-Bürgerbeteiligung berichteten (Berlin, 1.11.14)

⁴ einen anderen Inhalt für, etwas vielversprechend so genannte, "partizipative Demokratie" fand ich bei den Autoren nicht

- Konsultative Beteiligungsverfahren sind in der Regel noch (ziemlich) eingegrenzte, vereinzelte Begegnungen mit ein paar (allzu) wenigen, (nur) ausgewählten, Menschen und dazu noch (völlig) unverbindlich (wie auch der Beiname "konsultativ" aufzeigt). Die, den Verfahren "selbstauferlegeten" Einschränkungen führen zu Frustrationen (siehe auch Kritik/Zitat im Anhang 1) und/oder zu "Nichtbemerkbarkeit", Irrelevanz (wie bei denen gefühlt "rein gar nicht" durchgeföhrten am Tempelhofer Feld, deren Bedeutung aber ihre beiden Autoren immer wieder "einklagen" – siehe, im Anhang 2, kommentierter Auszug "Tempelhofer Feld" aus ihrem zur Diskussion gestellter Beitrag, unter anderen ihren Beiträgen, wie im Pkt. 1 erwähnt).

Bemerkung: Deshalb verstehe ich auch, und voll, warum manche "*die Unterstellung, die Abstimmung zum Tempelhofer Feld wäre unsachlich verlaufen, stört*" (aus Diskussion/en in Berlin-Brandenburg). Im weiteren finde ich, dass man den heutigen Stand der kBV – vor allem der eingeschränkten und einschränkenden unter ihnen – nicht überbewerten soll, nicht überbewerten darf (wie im Beispiel Nexus/IFOK im Anhang 2).

Frage (**auch in die AK-Runde**): Wieso seien die konsultativen Beteiligungsverfahren so teuer ("teuer")? Vielleicht weil sie so vereinzelt sind? Weil dann von aussen "eingekauft"? Zum Vergleich: "südlich des Rheins" brauchen die Gemeinden/Kommunen ca. je 2 bis 3 Arbeitstage im Jahr, um die B-/DD-Verfahren/Prozesse zu begleiten, zu unterstützen.⁵

Doch kein Unglück, denn (fast) jeden der Ansätze zur Beteiligung/Partizipation kann man ja weiter entwickeln – egal wie "harm- und zahnlos" (siehe Kritik, Anhänge 1 und 2) sie heute (noch) erscheinen mögen. Wenn wir uns darauf einigen, was wir unter Beteiligung/Partizipation verstehen – mehr dazu hier weiter.

3 – Entwicklung der einzelnen Ansätze, Aspekte, Teile zum Ganzen – weitere Beiträge

Claudine Nierth zeigt kurz und bündig (siehe Anhang 3) den heutigen Stand der beiden, heute noch oft getrennten, Aspekte (DD und BB) auf, das Erreichte und die schon heute erkennbare weitere Entwicklung. Christian Büttner berichtet über seine praktischen Erfahrungen, heutigen Grenzen der Verfahren und macht Vorschläge wie weiter zu einer "echte(re)n", verbindliche(re)n (Bürger-)Beteiligung. Auch Fabian Reidinger geht in diese Richtung (klar, in welche – DD:-) Übersicht der Beiträge, mit Links, im Anhang 4).

Sehr zu begrüßen ist, dass die, künstliche, theoretische, und dann der Praxis oft "aufgezwungene" Trennung in "direkte" und "parlamentarische" Demokratie (und bei Hans-Liudger Dienel, Henning Banthien et al. in "deliberative" (nach Peter Dienels US-Quellen), die die beiden neuerdings auch, leider eher irreführend (und, wissenschaftlich gesehen, unsystematisch), als "partizipative" bezeichnen) langsam, zunehmend in Frage gestellt wird. Auch wenn der Blick für das Ganze, das Wesen der Beteiligung/Partizipation oft noch fehlt. Denn es sind ja, durchaus positiv betrachtet, einzelne Ansätze zu, oder schon Bestandteile, einer echten, vollen, entwickelten Demokratie – Zitate:

"Ergänzen sich Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sinnvoll?" ... "ja, sie können es!"
– Claudine Nierth

"Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung: Zwei Seiten einer Medaille"
– Fabian Reidinger

"Direkte Demokratie ist mit Bürgerbeteiligung zutiefst verbunden – sie setzt auf Partizipation und Kompetenz der Bürger"
– Georg Kohler⁶

4 – Wie die einzelnen Ansätze kombinieren, vernetzen, integrieren... also weiter entwickeln?

Wir können, und sollen, ja unseren Blick **aufs Ganze, Wesentliche** richten, danach fragen, was eine echte, volle Beteiligung/Partizipation, ihr Wesen, ist und dann auch was die Güte/Qualität ihrer Verfahren, Prozesse, Entscheide ausmacht. Damit all die vorhandenen, und auch künftigen, Ansätze, Prozesse, Regelungen, Verfahren weiter entwickelt werden können – hin zur vollen Beteiligung/Partizipation.

⁵ zitiert in, u.a., nzz.ch vor ein paar Monaten, direkte Quelle muss ich noch recherchieren

⁶ in: Die direkte Demokratie muss mehr sein als ein Ventil, 14.1.15, derbund.ch/newsnet.ch

Ein Beispiel einer solchen Sicht wäre Heiner Geisslers S21- "Schlichtung", welche als *Partizipationsprozess* betrachtet und (wohlwollend:-) "beurteilt", "bloss" eine ziemlich gute (eine sehr gute:-) *Informationsreihe* hergibt, und somit um die 20% eines "volle(re)n" Partizipationsprozesses erreicht (siehe Anhang 6).

5 – Mehr Beteiligung und mehr Beteiligung in Berlin-Brandenburg ("MB in BB":-)

In einem der letzten Treffen des AK Bürgerbeteiligung haben wir darüber diskutiert, dass wir die (eigentlich überaus reichlich vorhandenen) Beteiligungs-/Partizipations-Kriterien zusammentragen werden (und sie sieben, darin liegt die Hauptarbeit, und zusammenfassen). Im weiteren auch darüber, dass (und auch ob, und wenn dann, wie) wir (als MD, bundesweit), unsere Leute (Mitglieder) zu Beteiligungs-/Partizipations- "Fachleuten" vor Ort "machen" können. Gemeinsam, als Partner, und im konkreten Tun.⁷

Im folgenden Stichworte aus Entwurf des AK-Arbeitspapiers von mir (als Input ins Positionspapier):⁸

Echte, volle **Beteiligung/Partizipation** und ihre **Entscheide, Prozesse, Verfahren** sollen/müssen:

- transparent sein – voll, ohne Einschränkungen (vgl. auch transparenzgesetz.de und dazu "(Direkte) Demokratie braucht Transparenz", von Daniel Lentfer, in: MD-Grundlagenheft, Text im Anhang 5)
- allen im allen offen – Einbezug aller, inkl. Gewählten, in allen Themen, Bereichen, auch über "Grenzen"
- Kompetenzen gewährleisten, unterstützen – fachliche, soziale
- verbindlich sein – gesellschaftlich, politisch, rechtlich (siehe auch politische Rechte)
- zuverlässig, beständig sein, gleichzeitig auch
- Entwicklung, Wandel unterstützen – auch Entwicklung der Verfahren, Prozesse, Entscheide selbst ("Beteiligung an Beteiligung").

Damit kann man auch die Güte/Qualität der Beteiligungs-/Partizipations-Bestandteile/Elemente (Prozesse, Verfahren...) beurteilen – in folgenden (thematischen) Gruppen zusammengefasst (auch "Stufen", wie die Partizipations-Klassiker sagen):

• Information, Kommunikation	• Dialog, Diskussion, Debatte, "Diskurs" ⁹	• Mitwirken, Mitgestalten	• <u>Mitentscheiden</u> , Mitverantworten
-----	-----	-----	-----

Vorschlag: Setzen wir "MB in BB":-) auf unsere Themenliste!

Herzliche Grüsse,
Vladimir Rott

PS "To see the future, we need only look at the present"
– Dale Baskin auf: [dpreview.com/...](http://dpreview.com/)

Persönliche Notiz

Wie mir beim mehrmaligen Überarbeiten immer wieder auffiel, habe ich die kritischen Bemerkungen meines Diskussionsbeitrags zunächst, wieder mal, in einem ziemlich scharfen, fast zynischen, Ton verfasst.

Diese meine Unsitte ist, denke ich, zurückzuführen auf meine frühe Jugend in Prag, in ehemaliger ČSSR. Einer Stadt, in der seinerzeit Franz Kafka mit der düsteren Ausweglosigkeit kämpfte, die ihn immer wieder überfiel. Als einer der Geister autoritärer Hierarchien, und verbreiteter Opportunität, der damals schon zerfallenden K.u.K. Monarchie, die die Gesellschaft ziemlich prägten, und deren Erbe, über das totalitäre halbe Jahrhundert hinüber "gerettet", mein erstes Land bis heute immer noch lähmt. Um einiges näher waren, und sind, mir die lockeren, scharfen, auf die wunden Punkte von Düsterheit und Unterdrückung ziellenden Zungen, denen ich im Freundeskreis meiner Eltern lauschen konnte.

In Zürich aufwachsend, in einer ziemlich anderen Gesellschaft, lernte ich wie man mit anderen Menschen Dinge bewegt und bewegen kann. Ich schätze auch die wunderbaren Menschen nördlich des Rheins – Als Gastgeber, Gast, Kollege und Freund. Als seit ein paar Jahren zunehmend auch Berliner, wohl aufgehoben im deutschen Teil meiner Familie, finde ich mich, immer wieder und seltsam genug, von den K.u.K. Geistern heimgesucht. Ich denke, dass auch diese meine Unsitte zurückzuführen ist auf meine frühe Jugend in Prag, in ehemaliger ČSSR.

⁷ aus dem Gedächtnis zitiert, genaueres, auch Bedenken -> AK-Protokoll, Treffen vom 1.11.14 in Berlin

⁸ in Arbeit (vr) bis ca. 06/15, wie auch Überarbeitung der Übersichtsfolien 03/13 (eine davon im Anhang 6)

⁹ in Aufführungszeichen weil (noch) nicht im allgemeinen Gebrauch ("... 'Diskurs', wie die Theoretiker sagen")

Anhang 1 – zur **Kritik der Beteiligungsverfahren**, so wie sie heute in Deutschland im allgemeinen (immer noch) verstanden und angewandt werden – Zitat:

Sie heißen Schlichtung, Mediation, Runde Tische, Bürgerdialog, Konsensforum, Dialogtag und so fort. Einerlei, welch freundliche Begriffe gewählt werden, das ihnen gemeinsame Merkmal ist, dass BürgerInnen- und Protestbewegungen in Entscheidungsprozesse von umstrittenen Bauvorhaben und politischen Plänen mithineingezogen werden – ohne etwas mitentscheiden zu können.

– Michael Wilk

Anhang 2 – Hans-Liudger Dienel, Henning Banthien zu **Tempelhofer Freiheit** (und zu ihren Verfahren) in: **Sachorientierte Bürger- und Volksentscheide: Ein Vorschlag zur Kopplung...**
(Link/s zum Beitrag auf S.1)

Kommentar (kritisch-konstruktiv) von Vladimir Rott

... 2. Probleme in der Zusammenarbeit von direkter und deliberativer Demokratie ...

... es kommt vor, dass sich die Ergebnisse von deliberativen Beteiligungsverfahren und von Volks- oder Bürgerentscheiden widersprechen ... Volksentscheid über die Nutzung des ehemaligen Berliner Flughafens Tempelhof ... [es] wurden auch die von Parlament bzw. vom Gemeinderat favorisierten und beschlossenen Lösungen aufgehoben

bzw. die dafür eingesetzten Prozesse z.B. ...

[deliberative] Beteiligungsverfahren, liefern mehr oder weniger ins Leere. Im Fall der "Tempelhofer Freiheit" hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in den Jahren 2011-14 mehrere partizipative Beteiligungsverfahren durchführen lassen, die aber nicht die grundsätzliche Frage der Randbebauung des Tempelhofer Feldes thematisieren sollten, sondern Detailfragen, etwa die Gestaltung des sogenannten "Bildungsquartiers" um die neue (geplante) Landesbibliothek. Sicher wäre es aus heutiger Sicht besser gewesen, auch die Grundsatzfrage in den partizipativen Prozess zu übergeben. So entstand der Eindruck, dass die wesentliche Frage der bürgerschaftlichen Mitwirkung entzogen sei. Der später durchgeführte Volksentscheid hat dann die radikale Nulllösung favorisiert ...

... Deliberative Verfahren hätten hier verschiedene Lösungen erarbeiten können, die ggf. wiederum von den Bürgerinnen und Bürgern per Volksabstimmung entschieden werden können. Die Debatten, die diesen Abstimmungen vorgelagert waren, zeichneten sich durch eine große Emotionalität aus und die Parteien standen sich unversöhnlich gegenüber. Ein sachlicher und fairer Austausch über den Gegenstand ... fand kaum statt. Zwar konnten sich die Bürger/innen anhand von Informations-schriften der Gegner und Befürworter vorab informieren. Ein ... Abstimmungsheft enthielt Stellungnahmen beider Seiten. Doch ein Forum oder eine Plattform, auf der Informationen gebündelt und das Für und Wider abgewogen dargestellt wurde, gab es nicht. Das Zusammenwirken von Parlament bzw. Regierung, Initiator/innen und Bürger/innen für den Dialogprozess und die (... Fortsetzung auf nächster Seite)

<– zwei (heute noch) ziemlich ...

<–... ungleiche Ansätze (mehr dazu in: "2 – Kombination direkter Demokratie mit konsultativen Beteiligungsverfahren" – aber wie?, S.2), zwei von vielen Teilen einer (entwickelten) Demokratie

<– eine durchaus normale Sache, vor allem wenn DD (noch) als Protest aufgefasst wird und ein breiter, offener, ständiger Dialog (siehe auch: "• Dialog...", S.3) aller über alles Gemeinsame erst (noch) entsteht

<– eine verständliche Enttäuschung, doch bloss aus der Sicht der beiden Autoren ...

... als, v.a./u.a., Nexus, IFOK Teilhaber

(s.a. "[Kommerzialisierung der Beteiligung](#)")

<– zwar eine ...

(... lassen wir die "nichtbemerkbaren", irrelevanten nicht wirklich "partizipativen" nicht wirklich "Beteiligungsverfahren" beiseite ... (siehe "• Konsultative..." auf S.2, auch Anhang 1)

<–... im Prinzip gute Einsicht, jedoch ...

<–... so nicht – denn echte Beteiligung/Partizipation, ihre Prozesse, dürfen nicht eingeschränkt, "übergeben" werden auf die, schon vom Ansatz her eingeschränkten, Workshops (auf "den partizipativen Prozess", wie die beiden Autoren ihre "deliberativen Verfahren" neuerdings, und irreführend, nennen) – echte Beteiligung/Partizipation darf auch so nicht einer "bürgerschaftlichen Mitwirkung (und all dem was noch dazu gehört) entzogen" werden

<– von oben "ggf." angesetzt? nein!

<– klar doch, und gut so, denn eine wichtige Sache ist vielen wichtig* <– kein Wunder, solange man meint, die Menschen einschränken, ausschliessen, zu müssen

<– zwei der ziemlich guten Grundlagen von DD (dank MD:-), siehe auch S.3 "• Information..."

<– ein (eher, ziemlich) zentralistischer Ansatz, der (heute, bei weitem) nicht (mehr) genügt <– wer würde hier bündeln, darstellen? und wie?

(*Parteien, nötiger Wandel ... siehe klassische Kritik der hierarchischen Parteiensysteme, ihrer, der Demokratie im Wege stehenden, [systemimmanenter](#) Stolpersteine)

Meinungsbildung über entsprechende Kultur der Meinungsbildung fehlen bzw. sind defizitär ... fehlt es ... an einem guten Zusammenspiel der Akteure, durch das Vertrauen in ... Entscheidung mit Hilfe einer Abstimmung und ... in das politische System, hergestellt wird.

Während also die Glaubwürdigkeit der Beteiligungsprozesse darunter leidet, dass ihre Ergebnisse von den Entscheidungsgremien nur teilweise oder sogar unzureichend umgesetzt werden, können Volks- oder Bürgerentscheide oft als sehr polarisierend und einseitig empfunden werden. Der Abstimmungskampf wird nicht als Diskurs erlebt, sondern als Machtstreit ... Dies mindert zum einen die Glaubwürdigkeit der Abstimmung, zum anderen erschwert es aber auch den Meinungsbildungs-prozess der Bürger/innen oder führt sogar dazu, dass diese nicht teilnehmen. Auch zwischen direktdemokratischen und repräsentativ-parlamentarischen Entscheidungsgremien fehlt es an einer Verknüpfung, um der Aufgabe einer sachgerechten Meinungsbildung und Entscheidungsfindung vor einer Abstimmung gerecht zu werden. Zum Beispiel der Diskurs im Vorfeld mit den Initiatoren, der bestenfalls eine gemeinsame Lösung hervorbringt, die eine Volksabstimmung erübrigt oder die Abstimmung

über mehre Vorlagen ermöglicht: den der Initiative und den des Parlaments ...

<- all das (und anderes mehr) gehört in die Mitte der Gesellschaft, dann bildet "sich" auch die zugehörige Kultur wie von selbst heraus, wie auch das Vertrauen in sich selbst und andere (und in die gemeinsame Politik)

<- sie leidet vor allem durch ihre "selbstaufgerlegten" Einschränkungen – wie (viel zu) wenige Teilnehmende, Abgeschiedenheit, Einmaligkeit (von oben angesetzt) und (ja) fehlende Verbindlichkeit

<- kein Wunder, solange man meint, die Menschen einschränken, ausschliessen, zu müssen (I) ...

<... (II) ...

<... (III) ...

<... (IV) ...

<... (V) ...

<... (VI) <- auch sie sollen, müssen zu Bestandteilen des Ganzen werden

<- was fehlt wirklich? all das, was eine echte, volle Beteiligung/Partizipation ausmacht

<- ständige Diskussion, allen in allem offen (einschliesslich "Diskurs", "sachgerechter Meinungsbildung, Entscheidungs-findung"), die allen offenen Prozesse, dürfen nicht, und auch so nicht, eingeschränkt werden

<- zwei der Selbstverständlichkeiten einer entwickelten Demokratie (auch daran arbeiten die Menschen von MD und all die um sie herum)

Anhang 3 – mehr demokratie | die grundlagen | 2014 – S.35 (mehr-demokratie.de/grundlagenheft.html)

Ergänzen sich Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sinnvoll?

von Claudine Nierth

Um die Antwort vorweg zu nehmen – ja, sie können es! Mit direkter Demokratie ist die unmittelbare Mitwirkung der Bürger/innen an der Gesetzgebung gemeint – durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene beziehungsweise Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene. Die Abläufe und Anforderungen sind gesetzlich geregelt, die Ergebnisse verbindlich.

Bürgerbeteiligung bezeichnet die dialogorientierte Einbindung der Bürger/innen in politische, planungs- oder genehmigungsrechtliche Prozesse. Förmliche Bürgerbeteiligung wird zum Beispiel im Planungsrecht durch das Bundesverwaltungsgesetz oder für die Bauleitplanung im Baugesetzbuch geregelt. Darüber hinaus gewinnt die nicht-förmlich geregelte Beteiligung an Bedeutung. Immer mehr Länder, Städte und Kommunen erarbeiten verbindliche Beteiligungsleitfäden. Diese beschreiben Möglichkeiten, wie Bürger/innen von Anfang an in Planungen einzubinden und unterschiedliche Interessen auszuloten sind. Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, welches 2014 solche Vorgaben für seine Landesplanungsverfahren in einer die Verwaltung bindenden Verwaltungsvorschrift erlassen hat.

Während also Bürgerbeteiligung eine Beteiligungsmöglichkeit in Form von Dialogverfahren darstellt, bedeutet direkte Demokratie das Entscheidungsrecht durch verbindliche Volksabstimmungen. Die dialogorientierte Bürgerbeteiligung konzentriert sich meist auf die Beteiligung einer ausgewählten Anzahl von Menschen in Anhörungen, Mediationen, Foren, Bürgertischen oder Planungszellen. Solche Methoden dienen eher der Beratung. Sie konkretisieren das "Wie" eines Vorhabens oder suchen einen Interessenausgleich. Direkte Abstimmungsverfahren hingegen ermöglichen allen Bürger/innen gleichermaßen die Teilnahme. Hier wird vor allem über das "Ob" eines Vorhabens mehrheitlich und verbindlich entschieden. Das Ergebnis einer Abstimmung bindet das Parlament oder den Gemeinderat. Anders bei der Beteiligung: Hier bleibt die Entscheidung über das Ergebnis meist im Parlament beziehungsweise im Gemeinderat oder – wenn es um die Genehmigung eines Vorhabens geht – bei der dazu per Gesetz vorgesehenen Verwaltung.

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie können sich sinnvoll ergänzen: So kann es zum Beispiel hilfreich sein, dass sich eine Kommune zuerst per Bürgerentscheid auf das "Ob" eines Vorhabens einigt, um dann in einem dialogorientierten Beteiligungsprozess das "Wie" mit den Bürger/innen zu erarbeiten. Auch ein umgekehrtes Verfahren ist möglich; ebenso die unmittelbare Verknüpfung beider Instrumente innerhalb eines Verfahrens, wenn zum Beispiel die Initiator/innen eines erfolgreichen Bürgerbegehrens noch vor dem Bürgerentscheid in einem dialogorientierten Beteiligungsprozess Alternativen oder Kompromisse erarbeiten, über die dann abgestimmt werden kann. Idealerweise kommt es sogar zu einem Dialog in dem sich alle Beteiligten einigen und ein Bürgerentscheid überflüssig wird.

Spätestens seit Stuttgart 21 gewinnt die frühe öffentliche Beteiligung an Popularität. Je größer ein Planungsvorhaben, desto wichtiger ist es, bereits vor Planungsbeginn alle Interessenvertreter/innen und Betroffene an einen Tisch zu holen, um das Projekt bekannt zu machen, es auszuloten, für dessen Akzeptanz zu werben oder es durch Alternativen zu ersetzen. So forderte zum Beispiel ein großes Architekturbüro einen Bürgerentscheid über den Bau der Allianzarena in München noch vor Planungsbeginn, um bereits im Vorfeld die Akzeptanz des Projektes abzufragen. In dem Entscheid sprach sich die Mehrheit für das Stadion aus und so wurde gebaut. Ein solches Vorgehen fordern nicht nur Bürgerinitiativen oder Umweltverbände. Auch Industrieverbände haben den Wert einer frühzeitigen echten Bürgerbeteiligung erkannt. Der Verband der Deutschen Ingenieure (VDI) hat bereits eine eigene Richtlinie (VDI 7000) erarbeitet, die verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten vorstellt und den Planer/innen großer und kleiner Vorhaben so eine Orientierung bietet.

In der Verknüpfung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie steht die Entwicklung noch ganz am Anfang. Die Ernsthaftigkeit, das wirkliche Interesse am Mehrwert von Bürgerbeteiligung – der weit über die bloße Akzeptanzbeschaffung hinausgeht –, wird ihren zukünftigen Erfolg bestimmen.

Claudine Nierth

Sprecherin des Bundesvorstands von mehr Demokratie und Mitglied im Netzwerk Bürgerbeteiligung

Anhang 4 – **Beiträge zu DD, BB und zusammenhängenden Themen** – siehe auch Anhänge 3 und 5
 (sortiert nach Datum, neueste zuerst, dann nach Name des Autors, der Autorin)

- Nils Jonas, Kay-Uwe Kärsten: *Auf dem Weg zu einer »strukturierten Bürgerbeteiligung« – Potsdam wagt Schritt für Schritt ein Modellprojekt*, 10.4.14, PDF: netzwerk-buergerbeteiligung.de...beitrag_jonas...pdf
 Link zum Beitrag, ihr könnt/Sie können ihn dort auch kommentieren: netzwerk-buergerbeteiligung...
- Christian Büttner: *Wenn Bürgerbegehren und Bürgerbeteiligung aufeinander treffen: Der Konflikt um den Giersberg in Kirchzarten*, 4.7.13, PDF: netzwerk-buergerbeteiligung.de...beitrag_buettner...pdf
 Link zum Beitrag, ihr könnt/Sie können ihn dort auch kommentieren: netzwerk-buergerbeteiligung...
- Fabian Reidinger: *Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung: Zwei Seiten einer Medaille*, 4.7.13
 PDF: netzwerk-buergerbeteiligung.de...beitrag_reidinger_130619.pdf
 Link zum Beitrag, ihr könnt/Sie können ihn dort auch kommentieren: netzwerk-buergerbeteiligung...
- Sarah Händel: *"Bürgerbeteiligung als Motor kommunaler Entwicklung" – Hat die direkte Demokratie ihren Platz?*, 30.9.12, mehr-demokratie.de...
- Claudine Nierth: *Können sich partizipative und direkte Demokratie sinnvoll ergänzen?*, 28.9.12,
buergergesellschaft.de...gastbeitrag_nierth...pdf

Anhang 5 – mehr demokratie | die grundlagen | 2014 – S.33 (mehr-demokratie.de/grundlagenheft.html)

(Direkte) Demokratie braucht Transparenz

von [Daniel Lentfer](#)

Warum explodieren die Kosten beim Bau der Hamburger Elbphilharmonie? Und wie können wir so etwas in Zukunft verhindern? Diese Fragen stellen sich bei vielen Projekten. Stuttgart21 oder der Berliner Flughafen sind weitere prominente Beispiele. Eine Volksinitiative in Hamburg hat diese Frage jetzt beantwortet: Sie hat ein [Transparenzgesetz](#) erwirkt, das die Stadt dazu zwingt, derartige Verträge 30 Tage, bevor sie in Kraft treten, zu veröffentlichen. Dann können alle interessierten Bürger/innen prüfen, ob sie von dem Geschäft überzeugt sind. Bis zum Ende dieses Zeitraums kann die Regierung von dem Vertrag zurücktreten, ohne dass dies mit Kosten verbunden ist. Das Gesetz [trat] am 1. Oktober 2014 in Kraft.

Auch Baugenehmigungen, Gutachten und viele andere Informationen muss die Stadt Hamburg deshalb in einem Register frei zugänglich im Internet veröffentlichen. Auf diese Weise können sich Bürger/innen, Politiker/innen und Journalist/innen über Vorgänge in Politik und Verwaltung informieren, was Korruption und Steuerverschwendungen erschwert. Es erleichtert zudem die Mitbestimmung der Bürger/innen, gerade wenn sich etwa eine Bürgerinitiative gegen eine bestimmte behördliche Entscheidung richtet. Transparenz führt dazu, dass sich Bürger/innen und Behörden auf Augenhöhe begegnen können.

Dieses Gesetz ist der von Mehr Demokratie Hamburg initiierten Kampagne "[Transparenz schafft Vertrauen](#)" zu verdanken. Gemeinsam mit Transparency International, dem Chaos Computer Club, der Piratenpartei und anderen Bündnispartnern ist es gelungen, das bisher geltende Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz weiterzuentwickeln. Es beinhaltet eine umfassende Veröffentlichungspflicht und ein Informationsregister und legt darüber hinaus fest, welche Informationen automatisch durch die Stadt zu veröffentlichen sind. Die Ausnahmen wurden stark beschränkt und klar gefasst.

Informationsfreiheitsgesetze (IFG) gibt es außer Hamburg noch in zehn weiteren Bundesländern und auf Bundesebene. Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen wollen sich anschließen. Dann verblieben lediglich Bayern und Sachsen ohne entsprechende Regelung.

Das Hamburger Transparenzgesetz gilt als Modell. Die Volksinitiative, mit der die Hamburger/innen das Gesetz gefordert hatten, war ein großer Erfolg. Das hat das Landesparlament beeindruckt und dazu veranlasst, nach Verhandlungen mit den Initiator/innen einstimmig einen weitreichenden Kompromiss anzunehmen. Hamburg ist damit dank direkter Demokratie Leuchtturm der Informationsfreiheit.

[Daniel Lentfer](#)

ehem. Landesgeschäftsführer von Mehr Demokratie Hamburg, war an der Kampagne "Transparenz schafft Vertrauen" maßgeblich beteiligt.

Weiterführende Links

www.fragdenstaat.de – Portal für Anfragen nach den Informationsfreiheitsgesetzen

www.transparenzgesetz.de – Website der Hamburger Kampagne für ein Transparenzgesetz

www.rti-rating.org – Ranking von Staaten in Bezug auf Informationsfreiheit

Anhang 6 – Heiner Geisslers S21-“Schichtung” als Partizipationsprozess (als Beispiel)¹⁰

Siehe auch "5 – Mehr Beteiligung...", S.3

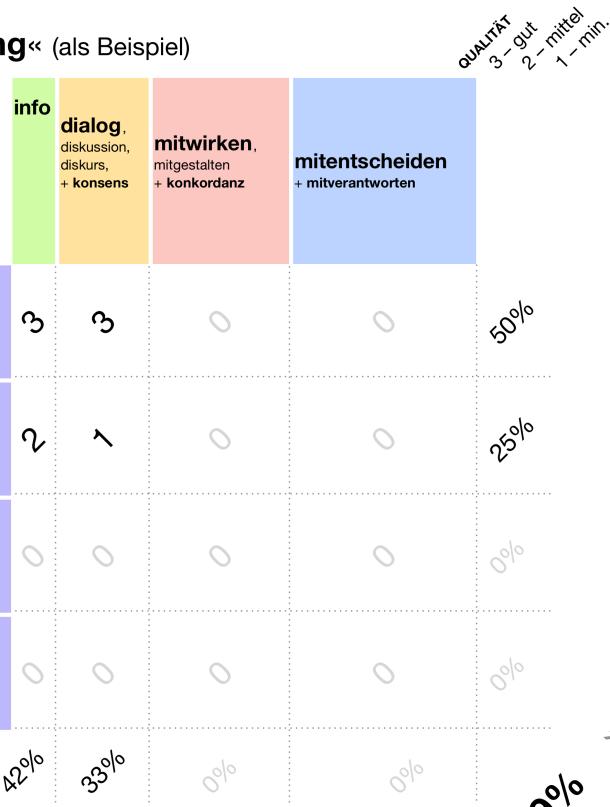
mehr-demokratie.de
ak bürgerbeteiligung
berlin, 2.3.13

bürger **beteiligung / partizipation** repräsentanten / politiker

BÜRGERBETEILIGUNG / PARTIZIPATION
BEURTEILUNG DER PROZESSE

S21 »Schichtung« (als Beispiel)

Heiner Geisslers öffentliche Gespräche, Okt-Nov '10
als Partizipationsprozess



entwurf, märz '13
vladimir rott

¹⁰ aus Entwurf des AK-Arbeitspapiers (Input ins Positionspapier) von mir ([vr](#)) – in Arbeit bis ca. 06/15 (wie auch Überarbeitung der Übersichtsfolien 03/13 – eine davon ist die hier zitierte "Heiner Geisslers S21-'Schichtung' als Partizipationsprozess")